

(02.03.2018 – 15.03.2018)

Grüner Pressespiegel

Bettina Hoffmann, MdB

15.03.2018 – Bettina Hoffmann zur Mikroplastik-Studie des hessischen Landesumweltamtes und anderen

Zu der länderübergreifenden Pilotstudie unter Beteiligung des hessischen Landesumweltamtes zur Belastung von Gewässern mit Mikroplastik erklärt Bettina Hoffmann, Sprecherin für Umweltpolitik:

„Mikroplastik in unserer Umwelt ist ein riesengroßes Problem. Dies zeigt einmal mehr die Studie, an dem sich auch das hessische Landesumweltamt beteiligt hat.

Mikroplastik kommt von fast überall her: Aus Reifen, aus Kleidern, aus Verpackungen und aus Kosmetika.

Es ist an der Zeit, den Eintrag von Plastik ins Wasser an der Quelle zu bekämpfen. Weniger Plastik und Alternativen zum Plastik müssen das Ziel sein.

Ohne Gegenmaßnahmen wird die Plastikproduktion bis 2030 um über 20 Prozent zunehmen. Dieser Trend muss durchbrochen werden.

Unsere Wirtschaft muss wegkommen von der Sucht nach Plastik. Dafür muss die Bundesregierung jetzt in einen ernsthaften Dialog mit der Industrie einsteigen.

Dort, wo freiwillige Vereinbarungen nur unzureichend wirken, braucht es klare Vorschriften. Die Bundesregierung sollte zügig dem Beispiel Schwedens folgen und den Einsatz Mikroplastik in Kosmetika untersagen.“

Rathausfraktion

14.03.2018 – Grüne: Schulentwicklungsplan - Wer den Schulen helfen will, diskutiert sachlich

„Wer den Schulen helfen will, diskutiert sachlich. Wer sich wie CDU und Linke nur selbst darstellen will, setzt auf emotionale Empörung und Verunsicherung“, kommentiert Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, schulpolitische Sprecherin der Grünen im Kasseler Rathaus, die Kritik der Opposition am Schulentwicklungsplan. „Der Schulentwicklungsplan gibt einen Überblick über die Kasseler Schullandschaft und deren absehbare Entwicklung in den nächsten fünf Jahren. Er stellt sicher, dass es auch weiterhin ein Angebot für jede von den Eltern gewünschte Schulform geben wird. Die sich veränderten Bedürfnisse insbesondere an Grundschulplätzen können dank des Kommunalinvestitionsprogramms angepasst werden. Die Stadt Kassel und die Grünen stehen für die kommunale Bildungsverantwortung, das macht auch dieser Schulentwicklungsplan deutlich.“

„Mit dem Kommunalen Investitionsprogramm II stehen 31 Millionen Euro für Investitionen in unsere Bildungslandschaft bereit, über deren Verwendung die Stadtverordneten noch vor den Sommerferien entscheiden werden. Diese Mittel ergänzen 130 Millionen Euro, die in den letzten 10 Jahren investiert wurden. Zusammen mit dem Schulentwicklungsplan und der Neufestlegung der Grundschulbezirke wird die Stadt damit die passenden Antworten beispielsweise auf die steigenden Schüler*innenzahlen finden“, so van den Hövel weiter. „Die schwarz-grüne Landesregierung hat außerdem mit der Aufstockung der Mittel für die Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag zur zielgerichteten Förderung der Kinder und Jugendlichen geleistet. Investitionen in die Fachräume und die digitale Ausstattung der Schulen werden unsere nächsten Aufgaben sein.“

„Die grüne Schuldezernentin Anne Janz und die städtischen Ämter arbeiten hochprofessionell und engagiert an der Umsetzung der gesteckten Ziele.“ Auch der Austausch mit dem Landkreis sei sehr konstruktiv. „Im Übrigen werden die Zahlen mit dem zuständigen Kultusministerium besprochen, das seit fast 20 Jahren einer CDU-geführten Landesregierung angehört. Die Panik der CDU ist völlig unangemessen. Weiße Flecken gibt es nicht in der Bildungsregion, sondern bei der Kasseler CDU.“

Rathausfraktion

13.03.2018 – Grüne: Jägerkaserne I – Gemeinsam mit dem Land für mehr bezahlbaren Wohnraum

„Die Entwicklung von bis zu 120 Wohneinheiten in der Jägerkaserne I in zentraler, gut erschlossener Lage am Park Schönfeld ist ein Meilenstein für mehr bezahlbaren Wohnraum in Kassel“, zeigt sich Joana Al Samarraie, wohnungspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion, sichtlich erfreut über die gemeinsame Ankündigung des grünen Stadtbaurats Christof Nolda und der Hessischen Wohnungsbauministerin Priska Hinz, die das Gelände gemeinsam kaufen und entwickeln wollen. Die von der schwarz-grünen Landesregierung ins Leben gerufene Bauland-Offensive Hessen GmbH werde als Projektentwicklungsgesellschaft gemeinsam mit der Stadt diese Herkulesaufgabe in Angriff nehmen.

„Mit Blick auf den steigenden Bedarf an Wohnraum ist es genau das richtige Signal, dass die öffentliche Hand aktiv und kooperativ in den Wohnungsbau einsteigt. In besonderem Maße freut uns die Planung, dass mehr als 40 Prozent der Wohnungen sozial gefördert werden sollen und somit eindeutig der Schwerpunkt

auf bezahlbarem Wohnraum liegt“, so Al Samarraie. „Dieses Projekt zeigt, dass Grün wirkt – sowohl in der Landesregierung als auch hier in der Stadt Kassel und am besten gemeinsam.“

Karin Müller, MdL & Bettina Hoffmann, MdB

12.03.2018 – Equal Pay Day - Für mehr Transparenz und Lohngerechtigkeit

Nach wie vor besteht in Deutschland eine signifikante Lohnlücke, denn Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch 21 Prozent weniger als Männer. „Das sind genau 21 Prozent zu viel“, so die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller.

Wie die unterschiedlichen Löhne entstehen, darum geht es den Kasseler Grünen und den nordhessischen Abgeordneten Karin Müller, MdL und Dr. Bettina Hoffmann, MdB beim Infostand am 17. März von 10 bis 13 Uhr in der Markthalle Kassel. „Wir wollen an diesem Tag mit Passantinnen und Passanten darüber diskutieren, an welchen Stellschrauben wir drehen müssen, um endlich zu einer gleichen Entlohnung für Frauen und Männer zu kommen.“ Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes verspricht: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Dieser Satz, das wissen wir alle, ist noch immer nicht Realität, deswegen spielt Aufklärung und Transparenz eine zentrale Rolle, bei der Abschaffung von Benachteiligungen“, erklärt Dr. Bettina Hoffmann.

Auch wenn in Deutschland Beschäftigte seit dem 06. Januar 2018 Auskunft über die Entgeltstrukturen in ihrem Unternehmen verlangen können, werden transparente Gehaltsstrukturen von Beschäftigten sowie Arbeitgebenden immer noch mit großer Skepsis betrachtet. Angst vor Neid in der Belegschaft und vor einem unverhältnismäßigen Bürokratieaufwand, machen es nach wie vor zu einem Tabuthema, über Geld zu sprechen. Dabei zeigen die Erfahrungen in anderen Ländern, dass transparente Einkommensstrukturen positive Auswirkungen haben. „Denn Transparenz schafft Vertrauen und ermöglicht eine Basis für Gehaltsverhandlungen auf Augenhöhe“, so Müller und Hoffmann.

Bettina Hoffmann, MdB

09.03.2018 – Multiresistente Keime in Badegewässern: Bundesregierung handelt nach dem Motto "Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen"

In Gewässern in Niedersachsen haben Forscher multiresistente Bakterien nachgewiesen, auch in Badeseen. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bettina Hoffmann musste die Bundesregierung zugeben, dass eine Übertragung auf Schwimmer nicht ausgeschlossen werden kann.

Dazu erklärt Bettina Hoffmann, Sprecherin für Umweltpolitik:

„Es ist unglaublich, wie naiv und fahrlässig die Bundesregierung mit der Gefahr multiresistenter Keime in Badegewässern umgeht.

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen - das scheint das Motto zu sein, wenn es darum geht Badegäste vor gefährlichen Keimen zu bewahren.

Weder Bund noch Länder scheinen derzeit genau zu wissen, wie weit verbreitet solche gefährlichen Keime in unseren Badegewässern sind.

Die Bundesregierung muss dringend einen bundesweiten Bedarfsatlas anstoßen, damit wir eine Vorstellung davon bekommen, wie groß das Problem in Wirklichkeit ist.

In jedem Fall ist die Bundesregierung in der Verantwortung, der massenhaften Anwendung von Reserveantibiotika in der Tierhaltung einen Riegel vorzuschieben. Ärzte sollten solche Medikamente ausschließlich in der Humanmedizin einsetzen.“

Karin Müller, MdL

09.03.2018 – Kulturformate mit vielseitigen Facetten, Farben und Tonlagen: Land Hessen fördert mit 150.000 Euro den Kultursommer Nordhessen

Ein Sommer in Nordhessen, erfüllt von Kunst und Kultur und hinterlegt mit vielseitigen Facetten, Farben und Tonlagen bereichert Kassel und das Umland vom 10. Mai bis zum 12. August. „Der Kultursommer im Norden Hessens sorgt seit 1989 für eine Reihe von kulturellen Aktivitäten rund um alle künstlerischen Sparten und hat kulturpolitisch, regional sowie landesweit eine große Bedeutung“, so die nordhessische Landtagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Karin Müller.

Mit 93 Kulturveranstaltungen an 50 verschiedenen Orten, präsentieren sich regionale, nationale sowie internationale Künstlerinnen und Künstler dem Publikum. Sei es das Sonnenaufgangskonzert „Auf dem Dörnberg“, der der Auftritt von Iris Berben, die in Kassel jüdische Gedichte vorträgt oder das Internationale Figurentheaterfestival „Blickfang“ - für jeden Geschmack ist etwas dabei. Die Bühnen stehen in Klöstern und Kirchen, in Gärten und auf Waldlichtungen, in Schlössern und auf den Burgen Nordhessens.

Denn Landschaft und Geschichte der Region spielen bei der Auswahl der Kultursommer-Spielorte eine große Rolle. „Die Landesförderung von 150.000 Euro ist gut angelegt, denn der nordhessische Kultursommer ist ein Ereignis besonderer Art, in der die gesamte Region an den vielfältigsten Ausdrucksmöglichkeiten der Kultur teilhaben kann.“

Bettina Hoffmann, MdB

08.03.2018 – UBA-Studie zeigt: Diesel-Abgabe können töten

Zur heute veröffentlichten Studie des Umweltbundesamts zu den dramatischen Gesundheitsauswirkungen von Stickoxiden hat Bettina sich wie folgt geäußert.

„Die Studie des Umweltbundesamts zeigt, dass Stickoxide in unserer Luft eine sehr ernstzunehmende Bedrohung sind. Stickoxide aus Dieselaabgasen können töten, indem sie schwere Erkrankungen an Herz, Kreislauf und Atemwegen sowie Schlaganfälle auslösen.

Besonders beunruhigt, dass auch niedrigere Stickstoff-Konzentrationen wie sie im ländlichen Hessen typisch sind, eine tödliche Gefahr für Menschen sein können. Mit ihrer Blockade gegenüber der Blauen Plakette und Hardware-Nachrüstungen setzt die Bundesregierung grob fahrlässig die Gesundheit von vielen Menschen aufs Spiel. Insbesondere dem Verkehrsministerium sind Milliardengewinne der Autobauer offenbar wichtiger als gesunde Lungen und Herzen.

Auch die Autohersteller sind nun in der Pflicht, für ihre Schummeleien gerade zu stehen. Sie müssen jetzt Hardware-Nachrüstungen übernehmen, um für saubere Autos zu sorgen. Man muss sich um die Zukunft der Autoindustrie echte Sorgen machen, wenn VW-Chef Müller von einer Renaissance des Diesels träumt, während Toyota zeitgleich seinen Ausstieg aus dem Diesel-Verbrenner verkündet. Wenn der Autoindustrie die Klimaziele etwas wert sind, muss sie ab 2030 aus dem Verbrennungsmotor aussteigen. Verpassen die Autobauer diese Trendwende, stehen auch die Arbeitsplätze in den Baunataler VW-Werke auf dem Spiel.“

Kreisverband

08.03.2018 – Grüne wählen Direktkandidatinnen für die Landtagswahl

Am vergangenen Mittwoch, den 07. März 2018, haben die Kasseler Grünen ihre Direktkandidatinnen für die Kasseler Wahlkreise zur Landtagswahl 2018 gewählt.

Für den Wahlkreis 3 Kassel-West schicken die Grünen ihre Kreisvorsitzende Vanessa Gronemann ins Rennen.

Die 28-jährige Studentin ist Mitglied der grünen Rathausfraktion und im Stadtteil Mitte zu Hause. Ersatzkandidat ist der 32-jährige Steffen Müller, ebenfalls Fraktionsmitglied und Student und Ortsvorsteher im Vorderen Westen. Gronemann betonte in ihrer Bewerbungsrede die politischen Aufgaben in der Gleichstellung und Antidiskriminierung: „Wir beobachten mit Sorge, wie sich die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft immer weiter ausbreitet. Daher reicht es nicht, gegen Rassismus und Frauenfeindlichkeit nur Stellung zu beziehen. Das Ziel muss sein, diese Haltung durch eine zukunftsgerichtete Politik auch zu leben.“

Für den Wahlkreis 4 Kassel-Ost tritt im Oktober die 55-jährige Karin Müller, Landtagsabgeordnete aus der

Unterneustadt, an. Ihr Ersatzkandidat ist der 21-jährige Johannes Kreuzer, Schatzmeister der Grünen Jugend, Student und ebenfalls im Stadtteil Mitte zu Hause. Die verkehrspolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion will weiter für saubere Luft und weniger Lärm kämpfen und erklärt: „Die Zeit ist reif, um Schwung in die Verkehrswende zu bringen und für eine klimafreundliche Mobilität zu sorgen. Daran möchte ich weiter arbeiten.“

„Mit Karin Müller und Vanessa Gronemann haben wir zwei sehr starke Kandidatinnen für den Landtag in Wiesbaden und ein starkes Team zu ihrer Unterstützung. Wir Kasseler Grünen gehen mit viel Energie und Zuversicht in die Landtagswahl und freuen uns auf den Wettbewerb um die besten Ideen für Hessen!“, so Boris Mijatovic, Vorsitzender der Kasseler Grünen.

Karin Müller, MdL

06.03.2018 – Hessenstrategie Mobilität 2035: In Zukunft intelligent und umweltschonend mobil sein

Die GRÜNEN im Landtag begrüßen das Engagement der Landesregierung, Hessen unter allen Bundesländern zum Vorreiter der Verkehrswende zu machen. „Hessen soll auch bei der Mobilität Spitze sein. Dafür wollen wir Mobilität intelligenter als heute organisieren. Schlüssel hierfür sind die Digitalisierung und Vernetzung von Mobilität. So kommen wir mit emissionsarmen Verkehrsmitteln hin zu einem Verkehrssystem, das jede und jeden schnell, sicher und klimaschonend ans Ziel bringt“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Wir müssen unser Verkehrssystem effizienter gestalten, um gleichzeitig so die Belastungen zu reduzieren. Doch das gelingt nur, wenn wir alle Verkehrsträger als gleichberechtigt anerkennen und sie miteinander vernetzen – also Lkw und Pkw, Binnenschiffe und Flugzeuge, Bahnen und Busse, Fahrräder und Fußgänger. Das ist der zukunftsweisende Ansatz der ‚Hessenstrategie Mobilität 2035‘.“

„Mit fast zwanzig Jahren Vorlaufzeit fasst die Hessische Landesregierung heute das Jahr 2035 ins Auge, um die Herausforderungen im Verkehrsbereich erfolgreich anzugehen. Denn wegen der langen Vorlaufzeiten im Verkehrsbereich – gerade beim Ausbau der Infrastruktur – gilt es schon heute, Ideen zu entwickeln, wenn wir sie Übermorgen erfolgreich umsetzen wollen. Um die begrenzt verfügbaren Haushaltsmittel gezielt einzusetzen und die Projekte erfolgreich umzusetzen, müssen wir Fokusfelder und Ziele identifizieren und Prioritäten setzen“, ist Müller überzeugt. „Das so eine Strategie wirkt, zeigen die ersten Ergebnisse der ‚Sanierungsoffensive 2016-2022‘ für die hessischen Landesstraßen. Nach zwei Jahren Laufzeit sind bereits 24 Prozent aller Straßenbaumaßnahmen abgeschlossen.“

Müller sieht viele Überschneidungen zwischen der ‚Hessenstrategie Mobilität 2035‘ und dem zu Jahresbeginn von der Fraktion vorgestellten Konzept „GRÜN wirkt weiter für mehr Mobilität“. Darin hatte die Fraktion ihre Ideen für eine bessere Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger in der nächsten Legislaturperiode vorgestellt. „Ich freue mich über die grüne Tinte, mit der die ‚Hessenstrategie Mobilität 2035‘ verfasst wurde. Denn wir GRÜNE wollen eine innovative, verbraucherorientierte und nachhaltige Mobilität schaffen. Dazu wollen wir die Nutzung von Lastenrädern erleichtern und Radschnellwege bauen, aber auch eine Ringbahn wie in Berlin können wir uns fürs Rhein-Main-Gebiet sehr gut vorstellen. Damit bekämpfen wir nicht nur den Stau auf Hessens Straßen, sondern schaffen die Wende zu einem intelligenten, vernetzten und umweltfreundlichen Verkehr. Davon profitieren alle Hessinnen und Hessen – egal ob sie das Auto oder den öffentlichen Nahverkehr nutzen.“

Rathausfraktion

05.03.2018 – Grüne: Konfessionelle Kindertagesstätten vorurteilsfrei prüfen

„Wir haben sehr gute Erfahrung mit den vielen freien Trägern von Kindertagesstätten in der Stadt Kassel gemacht. In dieser erfolgreichen Tradition haben unsachliche Vorurteile überhaupt keinen Platz“, sagt Boris Mijatovic, jugendpolitischer Sprecher der grünen Rathausfraktion. „Für den Betrieb von Kindertagesstätten hat die Stadt Kassel einen ordentlichen Fahrplan, an den wir uns halten und der im Übrigen hessenweit gilt.“

Der Bildungs- und Erziehungsplan werde vom Land Hessen erstellt und enthalte neben pädagogischen Vorgaben auch Voraussetzungen für den Regelbetrieb. „Unsere Kindertagesstätten sind offen für alle Kinder der Stadt. Das gilt auch für Angebote von konfessionsgebundenen Trägern“, so Mijatovic. Alle freien Träger seien im regelmäßigen Austausch untereinander und mit der Stadt. „Sowohl bei der Zulassung wie auch im späteren Betrieb stellt die Aufsichtsbehörde im Jugendamt der Stadt Kassel die Einhaltung der gesetzlichen Regeln sicher“, so Mijatovic abschließend.

Karin Müller, MdL

05.03.2018 – Neue Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Kassel - wichtiger Schritt im Kampf gegen Diskriminierung

Bei der GRÜN-wirkt-Tour besuchen Landtagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den kommenden Wochen und Monaten Menschen, Initiativen und Projekte in ganz Hessen, um mit ihnen über grüne Ideen und die Politik der Regierungskoalition zu sprechen.

„Beratungsstellen wie „response“, eine Zweigstelle der Bildungsstätte Anne Frank, die kürzlich in Kassel etabliert wurde, leisten einen unverzichtbaren Beitrag, um Betroffene rechter und rassistischer Gewalt, bei der Bewältigung der materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu unterstützen und ihre Handlungskompetenzen zu stärken“, stellen der innenpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Jürgen Frömmrich und die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller fest.

Um sich ein Bild von der Arbeit der neuen Zweigstelle zu machen, suchten die Angeordneten den Austausch mit den Beraterinnen und Beratern. „Rechte und rassistische Gewalt verletzt. Wir müssen dafür sorgen, dass Vorfälle mit rechtem, antisemitischem oder rassistischem Hintergrund aufgedeckt werden und die Betroffenen nicht alleine gelassen werden“, so Frömmrich. Dazu Müller: „Wenn Arbeit gegen Diskriminierung wirken soll, muss sie die Perspektive der Betroffenen aufgreifen. Die Arbeit der Beratungsstelle ist ein unerlässlicher Beitrag zur Verwirklichung der Vision einer demokratischen und diskriminierungsfreien Gesellschaft.“ Das Angebot von „response“ deckt ein breites Spektrum von Information, Beratung und Begleitung ab, es ist als flexibles, ineinandergreifendes Repertoire zu verstehen. Den Monitoringberichten des Beratungsnetzwerks Hessen zufolge, gab es in Hessen zahlreiche Vorfälle mit rechtem, antisemitischem oder rassistischem Hintergrund und auch das Landeskriminalamt stuft Nordhessen als „quantitativen Brennpunkt“ rechter Gewalt ein. Frömmrich merkt an, dass noch immer das Ausmaß rassistischer Hetze und menschenfeindlicher Kriminalität viel zu oft verharmlost wird, deswegen ist es wichtig, die Gesellschaft über Ursachen und Wirkungen rechter Gewalttaten verstärkt zu informieren. Müller ergänzt: „Es sind nicht immer nur die gewalttätigen, rassistisch motivierten Übergriffe, denen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, sondern ebenso die oft alltäglichen rassistischen Bemerkungen, Kommentare und unterschweligen Botschaften, die Menschen gegenüber geäußert werden.“

Unter GRÜNER Beteiligung hat die Landesregierung die Projekte zur Demokratieförderung und Extremismusprävention mehrfach erheblich aufgestockt. Im Doppelhaushalt 2018/19 stehen für das Landesprogramm „Hessen – Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ pro Jahr rund 4,7 Millionen Euro zur Verfügung. Hinzu kommt rund eine Million an Bundesmitteln. „Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Initiativen wie „response“ gehört unser Dank und Respekt, denn sie tragen einen großen Anteil daran, dass Personen, die Diskriminierung erfahren, eine Anlaufstelle haben, in der sie Hilfe und Unterstützung erhalten“, so die Abgeordneten.

Bettina Hoffmann, MdB

03.03.2018 – BAföG im Sinkflug - Grüne fordern zügige Trendwende

Die grüne Bundestagsfraktion hat einen Forderungskatalog für ein besseres BAföG vorgelegt, um Familien zu entlasten und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Dazu erklärt Dr. Bettina Hoffmann:

Auf dem Papier ist das BAföG das zentrale soziale Förderinstrument für Bildungsgerechtigkeit und Zugangschancen in Deutschland. In der Realität bleiben immer mehr der knapp drei Millionen Studierende in Deutschland und in unserer Region außen vor. Auch wenn die Zahl der gestellten und genehmigten Anträge an der Universität Kassel im Vergleich zum Trend nicht so rapide gesunken sind.

Allein in Hessen ist die Zahl der Geförderten im letzten Jahr um 5,7% gesunken. Die grüne Bundestagsfraktion hat darum im Bundestag einen Forderungskatalog für eine zügige Trendwende vorgelegt. "Wie soll ich meinem Kind das Studium finanzieren?", darf keine offene Frage in unserem wohlhabenden Land sein.

Die letzte BAföG-Reform von Union und SPD hat sich als Flop und Bluff erwiesen: Statt der versprochenen 110.000 zusätzlich Geförderten, gehen die Zahlen weiter in den Keller. Das BAföG ist vom Sturz- in den Sinkflug übergegangen, daher braucht es dringend eine Trend-wende für Bildungsaufstieg.

Aus Sicht der Grünen im Bundestag gelingt diese Trendwende in einem Zwischenschritt: Mit einer Reparatur-Novelle, die zum nächstmöglichen Semester greift, sollen die Fördersätze um zehn Prozent steigen. Gleichzeitig sollen auch die Freibeträge vom Einkommen der Eltern um zehn Prozent erhöht werden. Zudem fordern die Grünen, das BAföG künftig regelmäßig und automatisch zu erhöhen und Wohnkosten entsprechend der regionalen Staffelung nach dem Wohngeldgesetz zu erstatten.

Nach der schnellen Reparatur-Novelle ist aus grüner Sicht eine grundlegende Modernisierung des BAföG überfällig. Die Vorarbeit dazu soll eine Reformkommission erledigen, die dem Bundestag bis 2020 neue Modelle zur Stärkung der Bildungs- und Studienfinanzierung vor-legt. Es gilt, Vertrauen in das BAföG zurückzugewinnen und mehr in Aufstieg durch Bildung und damit in den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu investieren.